

Finnland

Tuomas Iso-Markku

Die vom Brexit-Votum angestoßene Debatte über die Zukunft der Europäischen Union erhielt im Herbst 2017 neue Impulse. Am 13. September hielt der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, seine jährliche Rede zur Lage der Union, in der er sein Wunschscenario für die Zukunft der Europäischen Union darlegte, und am 26. September stellte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron seine Visionen für Europa an der Sorbonne-Universität vor. Die Anregungen von Juncker und Macron zwangen auch die vom Premierminister Juha Sipilä geführte finnische Regierung, sich aktiver zu europapolitischen Themen zu äußern. Dabei zeigten sich mal deutlicher, mal weniger deutlich die unterschiedlichen europapolitischen Ansichten und Prioritäten der drei Regierungsparteien.

Finnische Reaktionen auf Juncker und Macron

Die Reaktionen der zentralen Regierungsvertreter auf die Rede von Juncker stehen beispielhaft für die fehlende europapolitische Geschlossenheit der finnischen Regierung. Besonders kritisch äußerte sich Sampo Terho, Europaminister und Vorsitzender der Partei Blaue Zukunft, die als Folge der Abspaltung der euroskeptischen Basisfinnen entstand. Nach Terhos Einschätzung legte Junckers Rede offen, dass die einzige Antwort der Kommission auf die Probleme der Europäischen Union die Erweiterung ihrer eigenen Macht sei. Terhos Kritik richtete sich vor allem auf drei Vorschläge Junckers: die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat, die Schaffung des Amtes eines europäischen Finanzministers und die Einführung von transnationalen Wahllisten.¹ Er unterstrich, dass das Programm der Regierung Sipilä keine weitgehenden „Föderalisierungsbestrebungen“ akzeptiere und eine national orientierte Europapolitik betone.²

Ganz andere Töne schlug Finanzminister Petteri Orpo an, der die traditionell integrationsfreundliche Nationale Sammlungspartei anführt. Orpo sagte, dass man offen über die von Juncker präsentierten Ideen diskutieren müsse, statt sie schnellst möglich abzuschließen.³ Er beteuerte auch, dass die Europäische Union sich weiterentwickeln müsse und Finnland eine starke Union brauche.⁴ Premierminister Sipilä, Vorsitzender der moderat integrationsfreundlichen, Status-quo-orientierten Zentrumsparterie, bezeichnete Junckers Rede als vorausschauend, betonte aber, dass Finnland vor allem in Bezug auf die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) eine vorsichtiger Linie vertrete. Eine

-
- 1 Mikko Salmi: Sininen tyrmäys: Tämä on vääriä johtopäätös EU:n viime vuosien kriiseistä, in: *Demokratia*, 13.9.2017.
 - 2 Maria Stenroos: EU-puheet paljastavat hallituksen linjaerot – Orpo ei sano ei uusille avauksille, Terho lukkiutuu hallitusohjelmaan, in: *YLE Uutiset*, 13.9.2017.
 - 3 Tuomas Savonen: Orpo: Olisi luonnollista, että kaikki maat olisivat eurossa, in: *Keskisuomalainen*, 13.9.2017.
 - 4 Kirsi Turkki: Sipilä ja Orpo kommentoivat Junckerin puhetta: Suomi ei ota lisää riskejä EU:n rahaliitossa, in: *Aamulehti*, 13.9.2017.

klare Absage erteilte Sipilä der Idee eines europäischen Finanzministers. Den handelspolitischen Teil von Junckers Rede könne Finnland dagegen unverändert annehmen.⁵

Antti Rinne, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei und eine der führenden Figuren der Opposition, verlangte von der Regierung eine entschiedener und proaktivere Europapolitik. Er sagte, dass es nicht reiche, „mit ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ auf die Beschlüsse von Merkel und Macron zu reagieren“.⁶ Stattdessen solle Finnland seine eigenen, klaren Leitlinien haben. Konkrete Beispiele nannte Rinne allerdings nicht.

Die Sorbonne-Rede von Macron kommentierte Sipilä, der Macron nur einen Tag davor getroffen hatte, in einem Blogbeitrag, in dem er schrieb, dass Macrons Rede einige Elemente erhalten hätte, die Finnland unterstützen könne.⁷ Dazu zählten Sipiläs Meinung nach vor allem Macrons Vorschläge zu einer weiteren Integration der Migrations- sowie Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auch in der Umwelt- und Energiepolitik teile man Macrons Ziele. Bei der Weiterentwicklung der WWU sei Macron jedoch zu ambitioniert.⁸

Finnland und die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion

Im Oktober 2017 verabschiedete die Regierung Sipilä ihre eigenen Leitlinien für die Weiterentwicklung der WWU.⁹ Diese bestanden aus drei Punkten. Erstens signalisierte die Regierung, dass sie eine Anpassung des mehrjährigen Finanzrahmens an die Bedürfnisse der Eurozone unterstützen würde, aber die Einführung eines separaten Haushalts für die Eurozone oder eines Konjunkturausgleichsmechanismus ablehne. Zweitens sprach sich die Regierung für die Vollendung der Bankenunion aus, was die Umsetzung eines europäischen Einlagensicherungssystems sowie die Schaffung einer Letztsicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds bedeuten würde. Beide Maßnahmen würde Finnland unter bestimmten Voraussetzungen unterstützen. Als dritten Punkt erwähnte die Regierung die Schaffung eines Systems, das die Überschuldung der Mitgliedstaaten verhindern und Überschuldungssituationen lösen könnte. Den Ausbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds steht sie deshalb offen gegenüber.

Gleichgesinnte Partner fand Finnland vor allem in einer informellen Gruppierung, der mehrere kleine und mittelgroße nordeuropäische Staaten angehören. Die Staats- und Regierungschefs dieser Gruppe trafen sich im Zusammenhang mit dem Europäischen Rat vom Oktober 2017 und die Finanzminister im November 2017.¹⁰ Im März 2018 mündete diese Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Erklärung der Finanzminister Dänemarks, Estlands, Finnlands, Irlands, Lettlands, Litauens, der Niederlande und Schwedens zur Architektur der WWU.¹¹ Darin betonten sie, dass die Debatten um die Zukunft der WWU in einem möglichst inklusiven Format geführt werden müssten und auf solche Initiativen konzentrieren sollten, die von den Bürgern unterstützt würden.

5 Turkki: Sipilä ja Orpo kommentoivat Junckerin puhetta, 2017.

6 Savonen: Orpo: Olisi luonnollista, 2017.

7 Juha Sipilä: Macronin puheesta, 26.9.2017, abrufbar unter: <https://www.juhasipila.fi/blogi/2017/09/26/20995> (letzter Zugriff: 20.6.2018).

8 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Frankreich“ in diesem Jahrbuch.

9 Valtioneuvoston kanslia: EMU:n kehittäminen, EU-ministerivaliokunta 13.10.2017, VNEUS2017-00644.

10 Lisbeth Kirk: Small EU states caught between France and Germany, in: euobserver, 10.11.2017.

11 Valtiovarainministeriö: Finance ministers from Denmark, Estonia, Finland, Ireland, Latvia, Lithuania, the Netherlands and Sweden underline their shared views and values in the discussion on the architecture of the EMU, 6.3.2018, abrufbar unter: <https://vm.fi/documents/10623/6305483/Position+EMU+Denmark+Estonia+Finland+Ireland+Latvia+Lithuania+the+Netherlands+and+Sweden.pdf/> (letzter Zugriff: 20.6.2018).

Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit als europapolitischer Schwerpunkt

Der Verabschiedung der finnischen WWU-Leitlinien folgte die Verkündung der allgemeinen europapolitischen Richtlinien der Regierung. Am 22. Dezember 2017 gab Premierminister Sipilä dem finnischen Parlament eine Regierungserklärung zur Europapolitik ab.¹² In seiner Erklärung erläuterte Sipilä die Position seiner Regierung zu sechs Themenbereichen, die er als entscheidend für die Zukunft der Europäischen Union bezeichnete. Diese waren erstens die europäische Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit, zweitens Migrationspolitik, drittens die Wirtschafts- und Währungsunion, viertens Klimapolitik, fünftens Handelspolitik und sechstens die soziale Dimension der Europäischen Union.

Dass Sipilä die europäische Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit als erstes auflistete, ist kein Zufall, denn sie hat sich zum europapolitischen Aushängeschild seiner Regierung entwickelt. Die Gründe dafür sind vielfältig, lassen sich aber vor allem auf die verschlechterte Sicherheitslage in der Ostseeregion seit dem Beginn der Ukraine-Krise zurückführen. Es handelt sich um einen der wenigen Politikbereiche, in dem die europapolitisch eher zerstrittenen Regierungsparteien mühelos auf gemeinsame Positionen einigen können.

In seiner Regierungserklärung wies Sipilä auf eine gemeinsame Stellungnahme der finnischen und französischen Regierungen vom Juni 2016 hin, in der diese das integrationspolitische Potenzial der Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit betonten, sich für eine bessere Kooperation zwischen Europäischer Union und der NATO aussprachen und von der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einen Beitrag zum Schutz der Europäer forderten.¹³ Mit ihrer Stellungnahme hätten Finnland und Frankreich, so war Sipiläs Erklärung zu entnehmen, die Weichen für „das überraschend schnelle Voranschreiten“ der Verteidigungszusammenarbeit gestellt.

Sipiläs Beschreibung der Rolle Finnlands mag zwar überzogen sein, tatsächlich hat Finnland aber energisch auf die Verstärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit hingearbeitet. Die Unterzeichnung der gemeinsamen Mitteilung über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) im November 2017 feierte die Regierung deshalb als großen Erfolg. Außenminister Timo Soini, traditionell eher als Euroskeptiker bekannt, betonte, dass sicherheitspolitische Zusammenarbeit das Beste sei, was aus der Europäischen Union zu holen ist.¹⁴ Angesichts des Jubels, mit dem die Regierung die Einführung der SSZ empfing, wurde die Information, dass Finnland nur an drei der 17 SSZ-Projekte teilnehmen und kein einziges Projekt führen würde, von den finnischen Medien negativ beurteilt.¹⁵

Was die anderen Schlüsselbereiche der Europapolitik angeht, argumentierte Sipilä in seiner Regierungserklärung, dass Migrationspolitik Stabilität schaffen soll, was unter anderem eine effizientere Bekämpfung der Migrationsursachen, einen effektiveren Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union, einen vorab definierten Solidaritätsmechanismus für Krisensituationen sowie effektivere Rückführungen voraussetze. Sowohl in der

12 Valtioneuvosto: Pääministerin ilmoitus ajankohtaisista EU-asioista, 22.11.2017, abrufbar unter: https://valtioneuvosto.fi/artikkeli/-/asset_publisher/10616/paaministerin-ilmoitus-ajankohtaisista-eu-asioista (letzter Zugriff: 20.6.2018).

13 France/Finland: Declaration on strengthening the EU's Common Security and Defence Policy, 15.6.2016.

14 Pekka Mykkänen: Ulkoministeri Timo Soini hehkuttaa EU:n puolustus päätöstä ”historialliseksi” – Vanhan EU-skeptikon mukaan ”tämän on parasta mitä täältä on saatavissa”, in: Helsingin Sanomat, 13.11.2017.

15 Pekka Mykkänen: Suomen rooli hehkutettua vaatimattomampi EU:n uudessa puolustusyhteistyössä – Timo Soini: ”Aina täytyy olla joku kritiikki”, in: Helsingin Sanomat, 11.12.2017.

Klima- als auch in der Handelspolitik müsse die Europäische Union eine führende Rolle annehmen. Wenig hält die Regierung Sipilä von der sozialen Dimension der europäischen Integration: Statt gemeinsamer sozialer Sicherheit brauche man solide und gerechte Haushaltsführung.

Streitpunkt mehrjähriger Finanzrahmen

Die Verhandlungen über die Größe und Zusammenstellung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 brachten die unterschiedlichen europapolitischen Ansichten und Prioritäten von Finnlands drei Regierungsparteien erneut zum Vorschein.¹⁶ Die euroskeptische Blaue Reform war der Meinung, dass man die durch den Brexit entstehende Lücke im Haushalt nicht schließen, sondern den Haushalt verkleinern sollte, damit Finnlands Beitrag nicht zunimmt. Die Zentrumspartei, die traditionell die Interessen des finnischen Agrarsektors vertritt, wollte dagegen versichern, dass Finnland mehr Agrar- und Kohäsionsmittel zur Verfügung stehen würden. Für die Nationale Sammlungspartei wiederum war es wichtig, den Haushalt auf die neuen Aufgaben in Bereichen wie Verteidigung und Migration auszurichten. Auf Basis dieser teils widersprüchlichen Forderungen formulierte die Regierung ihre Verhandlungsposition, die wenig Kohärenz aufwies. Auch die Reaktionen der Regierungsvertreter auf den Haushaltsvorschlag der Europäischen Kommission fielen unterschiedlich aus: Während Premierminister Sipilä feststellte, dass darin viele der für Finnland wichtigen Ziele berücksichtigt worden seien, kritisierte Europaminister Terho ihn als unrealistisch und sagte, dass die anvisierte Größe des Haushalts eindeutig der Position der Regierung widerspräche.¹⁷

Mehr Geschlossenheit demonstrierte die Regierung dagegen, wenn es um Finnlands Prioritäten in den Brexit-Verhandlungen ging: Im Vordergrund stehen die Einigkeit der Europäischen Union, eine Fortsetzung der Sicherheitszusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich, gute Handelsbeziehungen sowie der hindernislose Flugverkehr, der für Finnlands staatliche Fluggesellschaft Finnair sowie den Flughafen von Helsinki-Vantaa von großer Bedeutung ist.¹⁸

Ein wichtiges Ereignis in der finnischen Politik war die Präsidentschaftswahl im Januar 2018, die der Amtsinhaber Sauli Niinistö mit einem historisch hohen Stimmenanteil bereits im ersten Wahlausgang für sich entscheiden konnte. Ein großes innenpolitisches Thema war nach wie vor die über mehrere Jahre vorbereitete, aber höchst umstrittene Reform des Sozial- und Gesundheitswesens, die den Zusammenhalt der Regierung auf die Probe stellte.

Weiterführende Literatur

Juha Jokela: Finland Focuses on Its Northern Partners as Brexit Takes the UK out of 'Northern Lights' Grouping, in: Kristy Hughes/Anthony Salamone (Hrsg.): Brexit Roundup: Where Are We Heading?, Scottish Centre on European Relations, 2018, S. 42–43.

16 Paavo Rautio: EU-linja: Ei sekä juu ja meille lisää, in: Helsingin Sanomat, 21.2.2018.

17 Maaseudun Tulevaisuus: Sipilä EU:n budjettiesityksestä: ”Hurjimmat suunnitelmat eivät toteutuneet” – Terho pitää esitystä epärealistisena, 2.5.2018.

18 Niilo Simojoki: EU:n brexit-pääneuvottelija sai tietoa lentoliikenteen merkityksestä Suomelle, in: Keski-suomalainen, 5.4.2018.